Ausgabe Groß-Berlin

Einzelpreis 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 28. Januar 1930
Dienstag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhoff 8937—8949. Telegramm-Adresse: Nordzeit. Postscheck-Konto: Berlin Nr. 107941. Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse: Berlin SW 68. Friedrichstraße Nr. 46

DAZ

Die „DAZ" erscheint wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis monatlich 4.35 R.-M. (in Berlin eigene Botenzustellung.) Anzeigenpreis: 0.40 R.-M., Familien-Anzeigen und Stellengesuche 0.25 RM die 27 mm breite Millimeter-Zeile. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
28 1. a Nr. 46
10 Pfennig

Einheitsfront gegen Herrn König

Aus evangelischen Kreisen wird uns geschrieben:

Von der Bildung einer Einheitsfront der nichtsozialistischen Parteien des Preußischen Landtages gegen die Kandidatur Königs bei den schwebenden Koalitionsverhandlungen hat man in weitesten Kreisen mit Befriedigung Kenntnis genommen. Man darf feststellen, daß sich gerade in den nächstbeteiligten Parteien (Demokratie und Deutsche Volkspartei) die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß die Ueberantwortung des wichtigsten deutschen Kulturministeriums an einen Dissidenten schlechterdings eine Unmöglichkeit bedeutet. Nicht allein unter dem Gesichtspunkt christlicher oder gar nur evangelischer Interessen, sondern im Hinblick auf die Lebensnotwendigkeiten der deutschen Kultur, an deren Formung die religiösen Kräfte entscheidenden Anteil haben. Die immer hemmungslosere Unterwühlung der christlichen Grundlagen unserer Kultur durch das Freidenkertum und die krasse Intoleranz, mit der diese „dritte Konfession" das Denken und Empfinden der Volksmehrheit mit Füßen tritt, reden in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache. Daher konnte für Parteien, die das Bewußtsein der Verantwortung für die Zukunft deutscher Kultur und für den Frieden der Volksgemeinschaft in sich tragen, nur ein entschiedenes „Nein" gegenüber dem dissidentischen Ministerkandidaten in Betracht kommen. Mit der Beurteilung der Person des Herrn König hat diese Stellungnahme nichts zu tun.

★

Es gibt, wie hier hinzuzufügen ist, überhaupt keinen Gesichtspunkt, unter dem die Auslieferung des preußischen Kultusministeriums an Herrn König zu rechtfertigen wäre. Der Bildungsminister ist in erster Linie Universitätsminister, er muß also doch wohl das akademische Leben aus eigener Anschauung kennen — was bei Herrn König nicht der Fall ist. Dann aber ist König einer jener sozialistischen Fanatiker, denen die Personalpolitik das einzig Wichtige ist. Ein Kultusminister König würde daher nichts anderes bedeuten als daß unser ganzes Bildungswesen, d. h. ein wesentlicher Teil des deutschen Geisteslebens, dem Sozialismus ausgeliefert wird. Bei der beschränkten Unduldsamkeit in geistigen Dingen, die unsre Sozialisten charakterisiert, wäre das eine Gefährdung der deutschen Wissenschaft überhaupt, eine Gefährdung der akademischen Freiheit von Professoren und Studenten, eine Kette unabsehbarer Konflikte. Hier steht mehr auf dem Spiel als eine parlamentarische Umbesetzung! Von den Staatstheatern, von der Mittelschule und der Volksschule, von dem Verhältnis des Ministeriums zu den Kirchen unter einem Kultusminister König brauchen wir nicht viel zu reden —: lieber soll die Große Koalition in Preußen scheitern, als daß Herr König Kultusminister wird!

Noch keine Entscheidung der Volkspartei

Die Aussichten für die Große Koalition in Preußen haben sich durch die glücklich zustande gebrachte „Aufnahme offizieller Verhandlungen" keineswegs verbessert. Die Deutsche Volkspartei sieht offenbar keinen Anlaß, nachdem die häuslichen Auseinandersetzungen in der bisherigen Koalition soviel Zeit in Anspruch genommen haben und trotzdem noch keineswegs beendet sind, sich nun ihrerseits zu beeilen. Sie hielt am Dienstagvormittag vor dem Zusammentritt des Plenums eine längere Sitzung ab, vertagte aber ihre Beratungen dann auf den Nachmittag und kündigte schon an, daß es noch unbestimmt sei, wann sie zu den Vorschlägen des Ministerpräsidenten ihre endgültige Stellungnahme bekanntgeben werde.

Schon jetzt hört man — was nach dem Inhalt des Angebots allerdings nicht verwunderlich erscheint —, daß in der Fraktion wenig Neigung besteht, auf den Boden des Projekts vom Montag zu treten. Das Angebot des Handelsministeriums und eines Ministers ohne Gehalt und ohne Portefeuille wird offenbar nicht als geeignete Grundlage für den Eintritt in die Regierung betrachtet. Obendrein bestehen auch in der volksparteilichen Fraktion sehr schwere Bedenken gegen den sozialdemokratischen Kandidaten für das Kultusministerium, so daß in dieser Frage eine Einheitsfront aller an den Verhandlungen beteiligten Gruppen sich abzeichnet.

Die sozialdemokratische Fraktion scheint unter dem Einfluß ihres Vorsitzenden Heilmann entschlossen, trotzdem an der Forderung festzuhalten, daß Dr. Becker zurücktritt und durch Herrn König ersetzt wird.

★

Der Reichstag nahm Dienstag nachmittag die dritte Lesung des Zündholzmonopolgesetzes vor.

★

Vor der Plenarsitzung des Reichstags traten die meisten Fraktionen zusammen, um die aktuellen politischen Fragen zu behandeln. In der volksparteilichen Fraktion hielt Reichsaußenminister Dr. Curtius einen Vortrag über die Sanktionsfrage, die auch in den meisten anderen Fraktionen den Gegenstand eingehender Auseinandersetzungen bildet.

★

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages beschloß auf Antrag seines Vorsitzenden Dr. Kahl (Volkspartei), die zweite Lesung des Republikschutzgesetzes am 4. Februar vorzunehmen.

Italienisch-französisches Wortgefecht auf der Flottenkonferenz

Vermittlung der Amerikaner — Der französische Vorschlag der Gesamttonnage MacDonald läßt die Führung aus den Händen gleiten

sx. London, 28. 1. (Eigenbericht)

Die Führer der Abordnungen auf der Seeabrüstungskonferenz sind heute vormittag im St.-James-Palast zusammengetreten.

★

Der Programmkampf entwickelt sich immer mehr zu einem italienisch-französischen Wortgefecht. In den gestrigen Sitzungen ist es wiederholt zu rednerischen Zusammenstößen zwischen Grandi und Tardieu gekommen, wobei die Amerikaner schließlich vermittelnd eingriffen. Nach französischer Darstellung hat Tardieu einen zweiten Sieg auf der Konferenz errungen. Tatsächlich hat man den Ausweg darin gefunden, daß man die alphabetische Reihenfolge entscheiden ließ. Da Frankreich vor Italien kommt, steht nunmehr der französische Vorschlag der Gesamttonnage als erster Programmpunkt auf der Agenda.

Hierbei handelt es sich nun nicht um die Abrüstung nach Gesamttonnage, sondern zunächst um die Feststellung der absoluten Bedürfnisse jedes Landes nach wirtschaftlichen, geographischen und politischen Punkten. Damit wird also die nächste Gesamtsitzung gewissermaßen eine direkte Fortsetzung der Tardieu-Rede vom Sonnabend darstellen. Die Franzosen sind, wie die englische Presse betont, die einzigen, die ein Programm haben, und Tardieu der einzige, der weiß, was er will. Mit MacDonald sind die Zeitungen weniger zufrieden. Die Franzosen glauben, daß in einer solchen Erörterung der absolut notwendigen Gesamttonnage Italien nicht imstande sein wird, in überzeugender Weise ein Marineprogramm vorzulegen, das auf der Parität mit Frankreich beruht. Hierzu erklären nun die Italiener, daß sie gar nichts dagegen haben, wenn die übrigen Mächte den französischen Programmpunkt erläutern. Sie selbst würden sich allerdings hieran nicht beteiligen, sondern erst in einem späteren Zeitpunkt ihre Bedürfnisse vorlegen, wenn nämlich ihr eigener Programmpunkt, die Feststellung der Verhältniszahlen, auf der Tagesordnung steht.

Man muß sich also darauf gefaßt machen, daß noch längere Zeit verloren geht, bis dieser französisch-italienische Gegensatz ausgetragen wird. Die Amerikaner haben sich bei ihren Vermittlungsversuchen bemüht, eine Formel zu finden. Man denkt daran, etwa vor den zu schließenden Vertrag eine Präambel zu setzen, in der das souveräne Recht jedes einzelnen Staates auf Parität mit dem anderen nominell festgesetzt werden wird. Der Ertrag selbst kann die Formel enthalten, daß die einzelnen Mächte für eine begrenzte kurze Zeit von Jahren sich freiwillig in ihrer Baulätigkeit einschränken.

Die Linienschiffrage ist vorläufig zurückgestellt worden, da die Amerikaner glauben, daß man diese Frage in einem späteren Stadium zu Kompromißvorschlägen benutzen könne.

★

Der Sonderkorrespondent der Agentur Havas in London berichtet, man versichere, daß die amerikanische Abordnung auf ihre Anfrage wegen eines Beitritts Amerikas zu einem Mittelmeerpakt eine verneinende Antwort von ihrer Regierung erhalten habe.

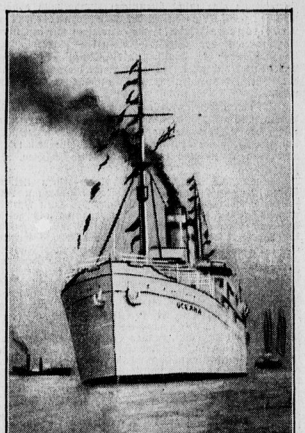
Russischer General in Paris verschwunden

fs. Paris, 28. 1. (Eigenbericht)

In den Kreisen der russischen Emigranten in Paris herrscht starke Besorgnis über das plötzliche geheimnisvolle Verschwinden des früheren Generals Kautjepow, Präsident der in Frankreich gegründeten Vereinigung ehemaliger russischer Frontkämpfer. Es wird befürchtet, daß der General einem bolschewistischen Attentat zum Opfer gefallen ist.

General Kautjepow hatte sich nach der russischen Revolution mit Frau und Sohn nach Paris zurückgezogen, wo er in bescheidenen Verhältnissen lebte. Die Annahme, daß er vielleicht auf der Straße von Unwohlsein befallen und in ein Krankenhaus überführt worden sei, ist auszuschalten, da Kautjepow immer Ausweispapiere bei sich trug, so daß im Falle eines Unglücks eine Verständigung an die Familie hätte gelangen müssen.

Beginn der Hapag-Mittelmeerfahrten



Vergnügungsdampfer „Oceana" der Hamburg-Amerika-Linie bei der Ausfahrt zu seiner ersten diesjährigen Mittelmeerfahrt

Städtische Steuererhöhungen im Ausschuß abgelehnt

Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat die Vorlage über den Nachtragsetat, soweit sie sich auf die Steuern bezog, einstimmig abgelehnt. Ebenso hat der Ausschuß die Vorlage des Magistrats auf Streichungen und Vordatierungen auf den kommenden Haushaltsplan mit 13 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten Deutschnationale, Wirtschaftspartei, Zentrum, Nationalsozialisten und Kommunisten. Angenommen wurde ein Antrag, den Magistrat zu ersuchen, die Einführung einer Wohnungsluxussteuer zu erwägen, während die Hausangestelltensteuer abgelehnt wurde.

(Siehe auch Seite 3)

fs. Paris, 28. 1. (Eigenbericht)

Litwinow, Joffe und Leborius sind von dem Pariser Schwurgericht freigesprochen worden. Die Zivilpartei, nämlich die Sowjetregierung, wurde zum Tragen der Kosten verurteilt.

Carl Sternheim: „Der Kandidat"

Kammerspiele

In dieser vieraktigen Komödie heiratet einer der Mitwirkenden Selbenschnur — die junge Tochter des Helden führt den Namen Luise. Der Zuschauer glaubt daraus auf einen Zusammenhang mit früheren Komödien Sternheims, der „Hose", der „Kassette" schließen zu dürfen. Bis er die Aufführung erlebt. Dann glaubt er diesen Zusammenhang nicht mehr.

Dann sieht er nämlich, daß dies eines der schwächsten Stücke Sternheims ist, — ein Nebenwerk aus früheren Jahren, das um das Kriegsende irgendwo einmal aufgeführt und dann bis jetzt mit Recht verschwiegen wurde. Es ist eine Komödie, in der Sternheims kalischnäuzige Methode an ein Thema gewandt ist, das unter dieser Methode nichts hergibt, in der das Objekt den Aufwand an bissiger Satire nicht verträgt, sondern sich einfach unter dieser Behandlung in nichts verflüchtigt. Der Verfasser wollte eine Komödie der Politik schreiben; er schrieb eine Komödie unzulänglich kleiner Leute bei ihrer Beschäftigung mit Politik. Er vertat einen Aufwand von vier Akten an eine Affäre, die schon die Hälfte nicht vertragen hätte; er verschwendete einen angestrengten Aufwand von Geist an eine für Geist völlig unzulängliche Geschichte, so daß das ganze Unternehmen ein bißchen lächerlich wurde — aber in einem andern Sinne als der Autor es gewollt hatte.

Thema der vier Akte ist eine Reichstagswahl in einer kleinen Stadt. Ein reicher Bürger, Russek mit Namen, Vater von Fräulein Luise, will sich zum Abgeordneten wählen lassen: ihm fehlt nur jegliche Ueberzeugung und jeglicher Charakter, also hab er vier Akte lang zwischen den drei Parteien — konservativ, nationalliberal und freisinnig — hin und herpendelt. Immer, wenn er sich gerade entschieden hat, kommt jemand dazwischen und reißt ihn herum: so daß er zuletzt durchfallen würde, wenn nicht der Redakteur des Wochenblättchens, der Russeks Frau liebt, die Sache in die Hand nehmen und ihn mit friesierten Versammlungsberichten durchbringen würde. Nachdem der Kandidat fünf Minuten vorher seine Tochter noch den Konservativen versprochen hat — worauf sie mit einem halb Freisinnigen durchgebrannt ist.

Sternheim behauptet in einem Aufsatze im Programmheft, daß diesem Stück eine Skizze Flauberts zu Grunde läge. Er hätte besser getan, sie liegen zu lassen: das Ergebnis seiner Arbeit ist von einer so sterilen Künstlichkeit der Laune, daß man aus dem Unbehagen nicht herauskommt. Zwischen dem Witz der Behandlung und der Fähigkeit des Objekts zum Opfer von Witzen zu dienen, muß wenigstens ein gewisses natürliches Verhältnis bestehen. Bloße Dummheit des Themas ist auch durch

Bendow — Lorre — Fein — Wallburg

noch so kluge Verarbeitung nicht aufzuheben — und hier ist selbst die Verarbeitung in der Beziehung mehr als zurückhaltend.

Vielleicht wäre die Sache nicht ganz so zwiespältig verlaufen, wenn ein anderer Regie geführt hätte. Der neue Mann, der diese Komödie leitete, wußte weder mit seinen Gestalten, noch mit ihrer Verteilung im Raum, noch mit diesem Raum etwas anzufangen. Er hier sich krampfhaft an den jeweils Redenden; er ließ jede Szene ohne Zusammenhang mit der nächsten — er nahm in der Aufteilung des Bühnenbildes (Georg Groß hatte die Dekorationen entworfen) nicht die leiseste Rücksicht aufs Wahrscheinliche. Schrecklich schon der Anfang: ein Privatsalon bei Russek und daneben eine Wahlversammlung (im Privathaus); schrecklicher noch der zweite Akt: Kneipe auf anderthalb Meter Entfernung vom Vorgarten des Russekschen Schlosses — die Dame des Hauses läßt sich unmittelbar am Kneiptisch nieder. Daß durch falsche Türen gelaufen wird, notiert man schon gar nicht mehr. Ein bißchen mehr hätte Sternheim schließlich verlangen können.

Der Kandidat war Herr Wallburg. Er stand allein, schwadronierte, schrie, daß niemand ihn verstehen konnte und blieb ein Schatten. Neben ihm viel Volk — aber nichts, was Gestalt wurde. Einziger Lichtblick Herr Hörbiger, der in wirklichem Sternheim-Stil einen Grafen machte — und Herr Lorre als lyrischer Kleinstadtredakteur. Das übrigen blieb schemenhaft und verworren — mit dem fatalen Zug ins Dilettantische, den Aufführungen ohne Regisseur so leicht bekommen.

Der Beifall war betont freundlich — am Schluß, wo sich des Kandidaten Angst zu einem Ausbruch von Empörung gegen den lieben Gott verdichtet, verfant die Freundlichkeit; es blieb nur ein gewisser guter Wille gegen den Autor. Der konnte sich denn auch zeigen, blaß und kränklich, man empfand desto peinlicher die Notwendigkeit, den Verlauf des Abends wahrheitsgemäß festzustellen.

Fechter

Ein neuer Verwaltungsdirektor für das Hamburger Stadttheater. In der Verwaltung des Hamburger Stadttheaters ist, wie uns ein Eigenbericht meldet, eine Neubesetzung erforderlich geworden. Die vor kurzem als erster weiblicher Verwaltungsdirektor verpflichtete Frau Bonnet ist nach kurzer erfolgreicher Tätigkeit aus Gesundheitsgründen von ihrem Platz zurückgetreten. Als Nachfolger wird der Verwaltungsdirektor des Breslauer Stadttheaters, Albert Roch, nach Hamburg berufen.

Anton Wildgans soll doch Burgtheater-Direktor werden. Wie uns ein Eigenbericht aus Wien meldet, nimmt man jetzt mit einiger Bestimmtheit an, daß in den nächsten Tagen der bekannte österreichische Schriftsteller Hofrat Anton Wildgans, der schon früher einmal Direktor des Burgtheaters war, wieder zum Burgtheaterdirektor ernannt werden wird.

Die Volksbühne bereitet unter der Regie von Karlheinz Martin als nächste Premiere das Schauspiel „Gericht" von Munro vor. — Die Bühnenbilder entwirft Edward Suhr.

Biesalski †

Unerwartet kommt die Nachricht, daß einer der berühmtesten deutschen Orthopäden, Prof. Dr. Konrad Biesalski, im Alter von 61 Jahren in seiner Wohnung in Dahlem am Herzschlag gestorben ist.

Biesalski ist im wahren Sinne des Wortes der Schöpfer und Organisator der modernen Krüppelfürsorge. Auf seine Veranlassung erfolgte die Gründung des Oskar-

Helene-Heims in Zehlendorf zur Heilung und Erziehung gebrechlicher Kinder. Es war gleichfalls seiner Initiative zu danken, daß von den deutschen Ländern seinerzeit Feststellungen über das Krüppeltum im Reich angestellt wurden, deren Ergebnisse Biesalski in einem großen Werk „Umfang und Art des jugendlichen Krüppeltums" wissenschaftlich zusammenstellte.

Das Krüppelfürsorgegesetz Preußens, das nach dem Kriege in Kraft trat, beruht auf den von ihm aufgestellten